

Newsletter

Nr. 16/2024

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

neben den internationalen Krisen halten uns auch innenpolitische Herausforderungen weiter in Atem. Auch die erste Sitzungswoche des neuen Jahres ist deshalb – maßgeblich geprägt von den Bauernprotesten – aufregend gestartet. Doch nicht nur aus den Demonstrationen der Landwirte, auch weit darüber hinaus, lässt sich eine wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung ablesen.

Während Protest und Widerspruch gegen die Politik der Ampel in vielen Teilen legitim sind, darf diese Unzufriedenheit nicht dazu führen, sich der AfD zuzuwenden. Diese ist in Teilen erwiesen rechtsextrem und entwickelt sich immer weiter in diese Richtung, was nicht zuletzt das Treffen von AfD-Funktionären und Rechtsextremen zeigt. Wie auch schon zuvor gilt: Wir müssen uns mit der AfD politisch auseinandersetzen und dabei klarmachen, dass die AfD keine echten Lösungen bietet, sondern mit ihrer destruktiven Art dem Land schadet.

Deshalb muss es mehr denn je Aufgabe der Politik sein, Politik für die Bürgerinnen und Bürger im Land zu machen und ihren Sorgen und Ängste ernst zu nehmen. Als konstruktive Opposition sind wir bereit, unseren Teil dazu beizutragen.

Die vielen guten Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern in den letzten Tagen stimmen mich positiv, dass wir dieser Herausforderung, auch in Krisenzeiten, gemeinsam begegnen können. Deutschland war schon immer ein Land der Innovation und des Fortschritts – ich bin optimistisch, dass wir das auch weiter bleiben!

In diesem Sinne wünsche ich Euch allen noch einen guten Start ins neue Jahr!

Jhr
Nina Warken

Volle Unterstützung für unsere Landwirtschaft!

Kaum eine Branche hat in den letzten Wochen so viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen wie die Landwirtschaft. Nach Bekanntwerden der geplanten Streichungen beim Agrardiesel und der KfZ-Steuerbefreiung im Zuge der Haushaltskrise gingen viele Bäuerinnen und Bauern auf die Straße.

Infolgedessen nahm die Ampel-Regierung Teile ihrer Pläne zurück und versuchte, dies als große Entlastung zu verkaufen. Doch die Einigung der Ampel ist ein fauler Kompromiss: Nach wie vor soll es, wenn auch zeitlich gestreckt, erhebliche Kürzungen beim Agrardiesel geben.

In den letzten Tagen bin ich bei den Protesten in Tauberbischofsheim und Harthausen mit Landwirtinnen und Landwirten ins Gespräch gekommen. Einige Bauern aus dem Wahlkreis nahmen sogar an der großen Demonstration am Montag in Berlin teil. Dass dieser Protest von Herrn Habeck, der von Umsturzphantasien spricht, oder Herrn Özdemir, der den Bauern unterstellt, sie hätten aufgrund seines türkischen Namens ein Problem mit ihm, delegitimiert wird, ist für mich unverständlich.

Stattdessen braucht es einen grundlegenden Mentalitätswandel: Unsere Landwirte sind nicht das Problem. Die Bäuerinnen und Bauern sind eine tragende Säule für unsere Ernährungssicherung. Wenn wir es mit einer regionalen, starken Lebensmittelversorgung ernst meinen, müssen wir auch bereit sein, den Landwirten weiterhin unter die Arme zu greifen.

Nur gemeinsam mit ihnen können wir die Herausforderungen beim Klima- und Naturschutz lösen. Dafür braucht es staatliche Unterstützung für Investitionen anstelle von Kürzungen und Bürokratieabbau anstelle immer neuer Belastungen!

Die Landwirtschaft kann sich auf die Union verlassen. Das haben wir diese Woche auch mit unserem Antrag „Landwirtschaft unterstützen statt ruinieren“ klargemacht (dazu mehr auf S. 3).



Bildquelle: Büro Warken

BERICHT
AUS **BERLIN**

EINLADUNG
via Webex



Di. 30.01.2024



17:30 Uhr

In Sitzungswochen möchte ich Euch künftig jeden Dienstag (*in Doppel-Sitzungswochen nur an einem Dienstag) hautnah und direkt Einblicke in aktuelle Themen und Debatten aus dem Deutschen Bundestag liefern. Ich möchte Euch dabei von meiner Arbeit in Berlin berichten und von Euch wissen, was Euch bewegt!

Einwahldaten: <https://deutscherbundestag-ylh.my.webex.com/deutscherbundestag-ylh.my/j.php?MTID=m1d265368f017678f20b8db136dd35da7>

Meeting-Kennnummer (Zugriffscodex): 2371 736 1419

Meeting Passwort: BerichtausBerlin (23742482 über Telefon- und Videosysteme)

Veranstungshinweis: Starke Frauen, starke Kommunen: Bist Du dabei?



In einem halben Jahr – am 09. Juni 2024 – finden die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg statt. Bereits jetzt laufen die Vorbereitungen zur Aufstellung der Wahllisten für den Ortschaftsrat, Gemeinderat sowie für den Kreistag auf Hochtouren.

Es ist mir eine besondere Herzensangelegenheit, Frauen für die Arbeit in den kommunalen Parlamenten zu begeistern. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung aus Stadtrat und Kreistag, wie es ist, als Frau für ein kommunales Amt zu kandidieren, welche Fragen man sich stellt und welche Hürden es zu überwinden gilt. Aber auch wie erfüllend, bereichernd und bestärkend eine solche Kandidatur und das damit verbundene Amt sein kann.

Aus diesem Erfahrungsschatz schöpfend, möchte ich gemeinsam mit Margaret Horb, ehem. MdB, Gemeinderätin und CDU-Fraktionsvorsitzende, Frauen ermutigen und bei der Veranstaltung "Starke Frauen, starke Kommunen: Bist Du dabei?" in den Austausch treten.

Bildquelle: Nina Warken & Margaret Horb

der Veranstaltung "Starke Frauen, starke Kommunen: Bist Du dabei?" in den Austausch treten.

Es wäre uns eine große Freude, Sie zu dieser Diskussion am **Dienstag, den 23.01.24 um 17.30 Uhr im Bistro Return in Osterburken** begrüßen zu dürfen.

TV-Tipp: „Zur Sache Baden-Württemberg“



Am Donnerstagabend war ich zu Gast bei „Zur Sache Baden-Württemberg“. Mit Baden-Württembergs Finanzminister Danyal Bayaz, Hubert Kucher vom Bauernverband Ostalb-Heidenheim und dem Politologen Prof. Dr. Wolfgang Schroeder habe ich dort über unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, Bauern-Proteste, Bahn-Streiks, rechte Netzwerke und viele weitere Themen diskutiert. Die Sendung könnt Ihr unter folgendem Link nachschauen:

Link Sendung:

<https://www.ardmediathek.de/video/zur-sache-baden-wuerttemberg/sendung-vom-18-01-2024/swr-bw/Y3jpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvczE5ODYzMTI>

Bildquelle: SWR

Kasernenbesuch in Hardheim und Walldürn



Wir leben in unruhigen Zeiten: Das haben uns nicht erst der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der Überfall der Hamas auf Israel gezeigt. Dennoch ist der Fokus auf die Bundeswehr seither sicherlich ein anderer. Angesichts zahlreicher Bedrohungen in der Welt brauchen wir eine wehrfähige und gut ausgestattete Bundeswehr, um Deutschlands Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen.

Gemeinsam mit dem ausgewiesenen Sicherheitsexperten Roderich Kiesewetter MdB und Peter Hauk MdL habe ich am Montag die Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim und die Nibelungenkaserne Walldürn besucht. Im Gespräch mit den Soldatinnen und Soldaten wurde klar: Für Deutschlands Sicherheit braucht es eine echte Zeitenwende!

Bildquelle: Büro Warken

Mitglied im Kuratorium der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus



Von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wurde ich ins Kuratorium der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus berufen. Im ehemaligen Stuttgarter Domizil des ersten Bundespräsidenten unterhält die Stiftung eine öffentliche Erinnerungsstätte.

Es ist mir eine große Ehre, so die zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung zu unterstützen. Gerade in Anbetracht der Zunahme antidemokratischer Bewegungen halte ich das Engagement für unsere parlamentarische Demokratie für umso wichtiger.

Bildquelle: Tobias Koch

Folgen Sie mir auch auf...

Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts



Bildquelle: Büro Warken

Die Einbürgerung ist Ergebnis und nicht Beginn gelungener Integration. Wir freuen uns, wenn Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach gelungener Integration Deutsche werden möchten. Wir freuen uns, wenn sie auf diesem Wege ein klares Bekenntnis zu Deutschland abgeben. Der Gesetzentwurf der Ampel genügt diesem Anspruch – Einbürgerung als Ergebnis gelungener Integration – jedoch nicht. Insbesondere sehen wir die Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit kritisch. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist ein sehr wichtiger Integrationsanreiz. Echte Integration braucht Zeit.

Bedauerlich und falsch ist darüber hinaus, dass die Ampel-Koalition sich nicht durchringen konnte, ein ausdrückliches Bekenntnis zum Existenzrecht des Staates Israel – wie von uns gefordert – als Einbürgerungsvoraussetzung in den Gesetzentwurf aufzunehmen.

Diese und noch weitere Punkte haben wir in unserem Antrag „Den Wert der deutschen Staatsangehörigkeit bewahren“ deutlich gemacht. Dazu habe ich auch mit meinem Kollegen Alexander Throm gesprochen. Das Video findet Ihr auf Instagram und Facebook.

Unser Antrag: Landwirtschaft unterstützen statt ruinieren



Bildquelle: Büro Warken

Am Donnerstag wurde im Bundestag der Agrarpolitische Bericht der Bundesregierung vorgestellt. Dieser bietet alle vier Jahre eine mit Statistiken belegte Standortbestimmung zur Situation der Landwirtschaft in Deutschland. Der Bericht macht deutlich, dass die Zahl der tierhaltenden Betriebe, insbesondere die Zahl der Schweinehalter seit Amtsantritt der Ampel-Regierung deutlich zurückgegangen ist. Gleichzeitig wurden Lebensmittel in Deutschland teurer, Bio-Lebensmittel werden weniger als zuvor gekauft.

Der Entschließungsantrag, den die Ampel dem Agrarpolitischen Bericht beistellt, wirft mehr Fragen als Antworten auf. Zum Beispiel bleibt offen, wie eine verlässliche Finanzierung für die tierwohlgerechte Tierhaltung sichergestellt werden kann. Beim Agrardiesel bewegt sich die Regierung auch im Entschließungsantrag kein Stück.

Dem setzten wir als Union unseren Antrag mit dem Titel „Landwirtschaft unterstützen statt ruinieren“ entgegen. Darin fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Agrardiesel-Steuerentlastung sowie die Kfz-Steuerbefreiung dauerhaft beizubehalten. Darüber hinaus ist ein grundsätzliches Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik erforderlich, das insbesondere die guten und auf breiter Basis geeinten Ansätze der „Borchert-Kommission“ und der „Zukunftskommission Landwirtschaft“ aus der letzten Legislaturperiode aufgreift und umsetzt.

Wir fordern den Verzicht auf nationale, ideologiesteuerte regulatorische Alleingänge, die die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft schwächen. Entbürokratisierung und öffentliche Investitionen müssen priorisiert werden. Innovationen bei neuen Züchtungsmethoden sowie im Biokraftstoff-Sektor dürfen nicht mehr aus ideologischen Gründen blockiert werden. Zusätzlich müssen faire Handelspraktiken in der Lebensmittellieferkette gewährleistet und in der EU-Agrarpolitik wieder der Schulterschluss mit den europäischen Partnern gesucht werden, damit eine zukunftsfähige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) mit einer starken Einkommensgrundstützung dauerhaft gewährleistet ist.

Wir sind der Meinung, dass es ganz grundlegend eine neue Kultur der Anerkennung gegenüber der Leistung der Landwirte braucht. Entfesselung, Innovationen und Investitionen sind daher der Dreiklang unserer Agrarpolitik.

Unverzögliche Lieferung von TAURUS-Marschflugkörpern an die Ukraine



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Ukraine widersetzt sich mit internationaler Unterstützung seit fast zwei Jahren in einem aufopferungsvollen Verteidigungskampf der russischen Aggression. Dabei mangelt es ihr jedoch an ausreichend Material, um die russischen Versorgungslinien, Führungseinrichtungen, Stellungen weitreichender Waffensysteme und die logistischen Strukturen gezielt angreifen zu können.

Für uns steht fest: Die Ukraine muss den Krieg gegen Russland gewinnen. Deshalb müssen die Anstrengungen zur Ausrüstung der Ukraine sofort deutlich verstärkt werden. Dazu zählt eine unverzügliche Lieferung von Marschflugkörpern vom Typ TAURUS aus Beständen der Bundeswehr. Parallel hierzu muss eine Nachbeschaffung des abgegebenen Materials eingeleitet werden. Mit unserem Antrag im Deutschen Bundestag zwingen wir die Ampel dazu, zur Frage einer TAURUS-Lieferung endlich Farbe zu bekennen. Und das hat sie, wenn auch zu unserem Bedauern, mit der Ablehnung unseres Antrags eindeutig getan.

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren



Bildquelle: Shutterstock

Deutschlands Wirtschaft schrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt sank laut Schätzung des Statistischen Bundesamts 2023 um 0,3 Prozent zum Vorjahr. Gründe dafür sind unter anderem die Konsumzurückhaltung infolge hoher Inflation und der Dauer-Krisenmodus mit Corona-Pandemie und Ukrainekrieg. Der Nahostkonflikt und das Haushaltsdebakel sorgen für weitere Unsicherheiten.

Unsere Wirtschaft braucht unsere volle Unterstützung – auch bei der Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Rohstoffen, was für viele Unternehmen von großer Brisanz ist. Die Ampel hat im Koalitionsvertrag verbesserte Rahmenbedingungen für die Erkundung heimischer Rohstoffe angekündigt, bisher aber kaum Initiative in diesem Bereich gezeigt.

Wir fordern: Zur Sicherung der Rohstoffversorgung unseres Landes müssen alle Optionen auf den Tisch. Hierfür ist ein größeres deutsches Engagement bei der Gewinnung von Rohstoffen im In- und Ausland erforderlich, wie z. B. durch neue Rohstoffpartnerschaften und bessere gesetzliche Rahmenbedingungen. Zudem braucht es eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten, um vor allem den Zugang zu kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen zu sichern.

Fotogalerie



Bildquelle: Büro Warken

Mit dem Zug zur ersten Sitzungswoche 2024



Bildquelle: Büro Warken

Interview mit SWR Aktuell



Bildquelle: Büro Warken

Besuch des Maschinenrings Tauberfranken im Bundestag



Bildquelle: Büro Warken

Gute Gespräche mit Ansgar Heveling MdB



Bildquelle: CDU Ravensburg

Beim Neujahrsempfang der CDU Ravensburg



Bildquelle: Marcel Dietrich

Beim Elsässer-Abend der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

IMPRESSUM